

## **Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011.**

**Analyse der Wahlprogramme der im Landtag vertretenen Parteien in den Bereichen allgemeinbildende Schulen, berufliche Bildung, Privatschulen, Inklusion und frühkindliche Bildung.**

### **Regierungsprogramm CDU – Chancen ergreifen. Wohlstand sichern.–**

#### I. Frühkindliche Bildung

- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule
- Ausbau von Bildungshäusern
- Jedes Kind mit Förderbedarf soll ein Angebot erhalten

#### II. Allgemeinbildende Schulen

- Ausreichend Lehrkräfte für jede pädagogische Aufgabenstellung
- Weniger Pflichtstunden zur Entlastung der G8 Schüler
- Sicherung der Bildungsangebote im ländlichen Raum
- Verankerung der Ganztageschulen im Schulgesetz
- Ausbau des Angebotes von pädagogischen Assistenten

#### III. Inklusion

- Ausbau der Bildungsangebote zum Wohle des Kindes
- Die CDU bekennt sich zu den Sonderschulen und unterstützt deren Weiterentwicklung

#### IV. Privatschulen

- Förderquote von 80 Prozent der Schüler auf staatlichen Schulen
- Verständigung mit Verbänden und Trägern freier Schulen über die Grundlage der Finanzierung der privaten Schulen

#### V. Berufliche Bildung

- BPJ stärken
- Duales System stärken

## Regierungsprogramm FDP – Vorn bleiben. Erfolgsmodell Baden-Württemberg –

### I. Frühkindliche Bildung

- Weiterentwicklung der Sprachstandserhebungen
- Modellprojekt Bildungshaus 3-10 überall dort ermöglichen, wo es erwünscht ist
- Entwicklung eines Gutscheinmodells für vorschulische Einrichtungen, zusammen mit kommunalen und freien Trägern
- Keine Einführung eines Kindergartenpflichtjahres
- Abschaffung der nur noch für Grundschulen geltenden Schulbezirke
- Festhalten an der vierjährigen Grundschulzeit. Andere Modellprojekte werden jedoch zugelassen

### II. Allgemeinbildende Schulen

- Eigenständigkeit staatlicher Schulen stärken (eigenes Budget, übertragen der Personalhoheit)
- Recht staatlicher Schulen auf Schulleiterwahl
- Anteil der schulbezogenen Stellenausschreibungen an allen Schularten signifikant erhöhen
- Staatlichen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, Zulagen an für Lehrer weniger attraktiven Standorten zu gewähren
- Verzicht auf Verbeamtung von Lehrern, jedoch nur im Einvernehmen mit den anderen Bundesländern um eine Benachteiligung Baden-Württembergs zu vermeiden
- Förderung der Berufsorientierung und Berufsberatung an allgemeinbildenden Schulen
- Möglichkeit der Aufnahme von Kindern ohne ausreichende Grundschulempfehlung einräumen, wenn die weiterführende Schule ein Aufnahmeverfahren entwickelt hat.

### III. Inklusion

- Schulen mit Initiativen zu gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung fördern und mit sonderpädagogischem Personal und Know-How ausstatten
- Schaffung von Angeboten zu gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung in jedem Schulamtsbezirk
- Ausbau der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Kompetenz- und Beratungszentren
- Angebote eines gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung an beruflichen Schulen voranbringen

### IV. Privatschulen

- Erhöhung des staatlichen Zuschusses auf 80 Prozent der Bruttokosten, gemessen an den Kosten eines Schülers im staatlichen Schulwesen
- Etablierung eines verbindlichen Stufenplans zum Erreichen der 80 Prozent Zielmarke
- Vorlage der Berechnung der Kosten und Zuschüsse mit jedem regulären Haushalt
- Überarbeitung des Bruttokostenmodells, sodass Kosten für die Ganztagesbetreuung mit einbezogen werden
- Förderung von Neugründungen mit Aufnahme des Schulbetriebes
- Kein Wegfall der dreijährigen Wartefrist

### V. Berufsbildende Schulen

- Verbesserung der Berufsorientierung in allgemeinbildenden Schulen zur Verbesserung der Ausbildungsreife
- Stärkung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung durch weniger spezialisierte Ausbildung
- Ausbau der beruflichen Gymnasien und der Berufsoberschulen
- Moderater Ausbau der Berufskollegs
- Sicherstellung der Finanzierung privater beruflicher Schulen durch eine ausreichende staatliche Bezuschussung

## Landtagswahlprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen – Jetzt! –

### I. Frühkindliche Bildung

- Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Betreuungs- und Bildungseinrichtung für Kinder unter 3 Jahren ab dem Jahr 2013
- Entwicklung eines ganzheitlichen Sprachförderkonzeptes
- Förderung der engen Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen

### II. Allgemeinbildende Schule

- Novellierung des Schulgesetzes um den Kommunen mehr Verantwortung für Schulen zu übertragen
- Einführung von zwei- oder dreizügigen Basisschulen, die bei gezielter regionaler Planung der Mehrzahl der Gemeinden eine Sekundarschule ermöglichen sollen
- Schnelle Genehmigung von integrativen Modellschulen
- Einführung einer maximalen Klassengröße von 25 Schülern
- Einrichtung einer mindestens 2-zügigen 10-jährigen Basisschule
- Jährlich sollen sich 10 Prozent der weiterführenden Schulen zu Basisschulen entwickeln
- Abschaffung der Grundschulempfehlung
- Beibehaltung des 8-jährigen Gymnasiums
- Einführung eines 10. Schuljahres an Hauptschulen zur Erlangung der mittleren Reife für alle Haupt- und Werkrealschüler ohne Notenhürde
- Verankerung der Ganztagschule als Regelform im Schulgesetz
- Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule

### III. Inklusion

- Inklusion verbindlich im Kindergartengesetz festschreiben
- Sofortige Abschaffung der Sonderschulpflicht
- Verankerung des Wahlrechts zwischen Sonderschule und Regelschule im Schulgesetz
- Einführung einer heil- und sonderpädagogischen Grundausstattung an Regelschulen

### IV. Privatschulen

- Kostendeckungsgrad auf mindestens 80 Prozent der Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen innerhalb der nächsten zwei Jahre erhöhen
- Beteiligung des Landes an Investitionskosten
- Angemessener rückwirkender Ausgleich nach der dreijährigen Wartefrist
- Eindämmung der Schulgründungen durch kommerzielle Träger
- Regelmäßige Überprüfung des Sonderungsverbot
- Pflicht zur Offenlegung und Transparenz durch interne und externe Evaluation im Rahmen des jeweiligen pädagogischen Konzeptes

### V. Berufsbildende Schulen

- Reform des dualen Ausbildungssystems
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen durch den Staat, falls im dualen System nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind
- Ausrichtung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge beruflicher Schulen an den bestehenden dualen Ausbildungsberufen
- Verankerung eines Rechtsanspruches auf einen Schulplatz an einem beruflichen Gymnasium, wenn die Aufnahmevoraussetzungen erfüllt sind

## SPD Regierungsprogramm

### I. Frühkindliche Bildung

- Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr
- Einführung von beitragsfreien Kindergärten bis zum Jahr 2016
- Einführung einer Kindergartenpflicht von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt.
- Stärkere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

### II. Allgemeinbildende Schulen

- Einführung der 10-jährigen Gemeinschaftsschule
- Abschaffung der Grundschulempfehlung
- Gesetzliche Verankerung der Ganztageschule
- Verbesserung des Schüler-Lehrer Zahlenverhältnisses mit dem Ziel, die individuelle Förderung von Schülerinnen zu verbessern
- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung
- Individuelle Möglichkeit der Einrichtung von G9 Zügen an Gymnasien um Eltern entscheiden zu lassen, ob ihr Kind nach 8 oder 9 Jahren Abitur machen soll.
- Einführung von Schulessen mit einem maximalen Kostenbeitrag von 1,- €

### III. Inklusion

- Etablierung inklusiver Kinderbetreuungseinrichtungen als Regelfall
- Gesetzlicher Anspruch auf inklusive Betreuung von Kindern
- Verstärkte Fortbildung von Lehrern im Bereich inklusive Betreuung
- Verbesserte Ausstattung von Schulen

#### IV. Privatschulen

- Erhöhung der Landeszuschüsse auf mindestens 80% nach dem Bruttokostenmodell

#### V. Berufliche Bildung

- Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig. Dies muss sich auch in gleicher Ressourcenausstattung niederschlagen
- Stärkung des dualen Systems
- Umlage für Betriebe die nicht selbst ausbilden
- Reformation von Übergangssystemen wie BVJ, VAB, BEJ
- Stärkung der VHS als kommunale Bildungszentren
- Abschaffung der schleichenden Privatisierung bei öffentlich geförderten allgemeinen Weiterbildungsmaßnahmen